

40**82****Union in
Deutschland**

Bonn, den 21. Dezember 1982

**Bundeskanzler Helmut Kohl
hat Wort gehalten:
Weg für Neuwahlen frei**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat Wort gehalten. Wie bei seiner Wahl und der Bildung seiner Regierung angekündigt, hat er gemäß Art. 68 des Grundgesetzes im Deutschen Bundestag den Weg zu Neuwahlen am 6. März geöffnet. Der Bundeskanzler sagte wörtlich:

■ Die neue Koalition der Mitte hat die ersten notwendigen Schritte eingeleitet, damit die staatlichen Finanzen wieder gesunden können. Die Koalition hat die ersten Impulse gegeben, um unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und neue Arbeitsplätze, vor allem für Jugendliche, zu schaffen.

■ Die Bundesregierung hat zugleich deutlich gemacht, daß und wo wir uns gemeinsam mit unseren Mitbürgern Opfer zumuten müssen, damit das soziale Netz erhalten werden kann. Wir haben die seit vielen Jahren anstehende Neuordnung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes verabschiedet.

■ Die Koalition der Mitte hat die Freundschaft mit unseren europäischen Nachbarn und unseren Partnern im nordatlantischen Bündnis gefestigt. Die Bundesregierung hat unsere Politik des Dialogs in den Ost-West-Beziehungen sowie der Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt vertieft.

Das notwendige Dringlichkeitsprogramm ist somit erfüllt. Mit der Erfüllung dieses Programms ist für die Weiterarbeit der Koalition eine parlamentarische Grundlage nicht mehr gegeben. Wir wollen nun den Wähler bitten, uns den Auftrag für eine langfristige Politik der Koalition der Mitte zu geben.

WORTLAUT DER REDE DES BUNDESKANZLERS

Seite 2 bis 4

WORTLAUT DER REDE VON ALFRED DREGGER

Seite 5 bis 8

HELMUT KOHL ZUR WAHL IN HAMBURG

Seite 9 und 10

GESAMTERGEBNIS UND EINZELERGEBNISSE

Seite 11 und 12

Der Wähler hat jetzt das Wort

Nachfolgend der Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 habe ich das Programm der von FDP, CSU und CDU getragenen Bundesregierung vorgestellt und unsere Absicht bekräftigt, möglichst am 6. März 1983 vor den Wähler zu treten. Ich habe deshalb den Antrag gemäß Art. 68 des Grundgesetzes gestellt.

Einen solchen Antrag hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher zweimal gegeben. Im September 1972 stellte Bundeskanzler Willy Brandt diesen Antrag mit dem erklärten Ziel, durch die Ablehnung des Antrags in die Lage versetzt zu werden, dem Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestages vorzuschlagen. Im Februar 1982 hat Bundeskanzler Helmut Schmidt einen solchen Antrag gestellt, um sich der Zustimmung der damaligen Koalition zu vergewissern.

Meine Damen und Herren, auch wenn die Gründe im Jahr 1972 anders waren, knüpfe ich an das von Bundeskanzler Brandt damals genannte Ziel an. Mein Antrag soll dazu beitragen, daß der Weg zu Neuwahlen geöffnet werden kann.

Ich weiß, daß es über den Anwendungsbereich des Art. 68 des Grundgesetzes wie auch über andere Wege zur Auflösung des Bundestages während einer Legislaturperiode eine intensive öffentliche Diskussion gibt. Nach eingehender Prüfung aller wesentlichen Gesichtspunkte und nach Beratungen und Gesprächen mit den Vorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und Frak-

tionen bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß der von mir eingeschlagene Weg im Einklang mit dem Grundgesetz steht. Art. 68 des Grundgesetzes gibt dem Bundeskanzler die Möglichkeit, die Mitglieder des Deutschen Bundestages zu fragen, ob für die Weiterarbeit der Bundesregierung eine hinreichende parlamentarische Basis gegeben ist. Ich stelle Ihnen heute diese Frage.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an die Vereinbarung, welche die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP im September 1982 getroffen haben. Wir sind damals in der Koalition gemeinsam zu der Auffassung gelangt, daß wir sofortige Neuwahlen angesichts der außergewöhnlichen Notlage, die wir vorgefunden haben, nicht verantworten können.

Die Bewältigung dringender Probleme, für die in der früheren Regierung und Koalition keine Mehrheit zu erzielen war, duldet keinen Aufschub. Ich erinnere vor allem an die Lage der öffentlichen Finanzen, an die wirtschaftliche Situation und insbesondere an die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Wir mußten den Bundeshaushalt 1983 und die ihn begleitenden Gesetze verabschieden.

Wir mußten unserem Land sowie unseren Partnern und Verbündeten in der Welt Klarheit über den künftigen außenpolitischen Kurs verschaffen. Deshalb war der Auftrag für diese Bundesregierung von Anfang an sachlich begrenzt. Deshalb haben wir von Anfang an angestrebt, dem Wähler so bald wie möglich Gelegenheit zu geben, sein Votum zur Politik der Koalition der Mitte, zu dieser neuen Politik, abzugeben.

Meine Damen und Herren, das bedeutet: Erstens. Wir wollten ein auf das Notwendigste konzentriertes Dringlichkeitspro-

gramm. Zweitens. Wir wollten uns nach Verabschiedung des Programms unverzüglich dem Wähler stellen. Auf dieser Grundlage und gemäß dieser Absprache bin ich am 1. Oktober 1982 zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Dies habe ich in meiner Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 bekräftigt, und dazu stehe ich selbstverständlich auch heute.

Den ersten Teil unserer Zusage haben wir eingelöst.

Erstens. Die neue Koalition der Mitte hat die notwendigen ersten Schritte eingeleitet, damit die staatlichen Finanzen wieder gesunden können. Der Deutsche Bundestag hat die Haushaltsgesetze und die Begleitgesetze in dieser Woche verabschiedet. Die Koalition hat die ersten Impulse gegeben, um unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und neue Arbeitsplätze, vor allem für die junge Generation, zu schaffen. Die Bundesregierung hat zugleich deutlich gemacht, daß und wo wir uns gemeinsam mit unseren Mitbürgern Opfer zumuten müssen, damit das soziale Netz erhalten werden kann. Wir haben die seit vielen Jahren anstehende Novelle zur Neuordnung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes verabschiedet.

Zweitens. Die neue Koalition der Mitte hat die Freundschaft mit unseren europäischen Nachbarn und unseren Partnern im nordatlantischen Bündnis gefestigt. Die Bundesregierung hat unsere Politik des Dialogs in den Ost-West-Beziehungen sowie der Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt vertieft. Das Ziel unserer Sicherheitspolitik und unser fester Wille, für den Frieden in der Welt zu arbeiten, sind besonders deutlich geworden. Wir sind wieder, meine Damen und Herren, ein verlässlicher und berechenbarer Partner in der internationalen Politik.

Nachdem wir das Dringendste getan haben, ist es geboten, sich dem Votum des Wählers zu stellen.

In zahlreichen Gesprächen habe ich den Eindruck gewonnen: alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wollen Neuwahlen. Meine Damen und Herren, die weit überwiegende Mehrheit unserer Bürger will ebenfalls Neuwahlen. Ich bin davon überzeugt, daß die angestrebten Neuwahlen notwendig sind.

Vor uns liegen außerordentlich schwierige Aufgaben. Es geht darum, unser Land aus der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland herauszuführen. Ob diese Aufgaben mit Aussicht auf Erfolg gelöst werden können, hängt entscheidend davon ab, daß die Arbeit der Parteien und Fraktionen, welche die Regierung tragen, von einem entschiedenen Wählerauftrag gestützt wird.

Die notwendige Politik muß langfristig angelegt sein. Denn wir wollen nicht Stückwerk leisten, sondern dauerhafte Fundamente legen, wie CDU, CSU und FDP dies schon einmal zu Beginn der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland getan haben.

Wir, CDU, CSU und FDP, sind bereit, uns zum zweitenmal einer solch schweren Aufgabe in einer schwierigen Zeit zu stellen.

Wir wollen und müssen den Staatshaushalt in Ordnung bringen. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft wiederbeleben. Wir müssen in der Außen- und Sicherheitspolitik unseren Weg zur Sicherung des Friedens in Freiheit weitergehen können, auch wenn wir dabei schwierige Auseinandersetzungen zu bestehen haben. Wir müssen dauerhafte Voraussetzungen für eine menschlichere Gesellschaft schaffen.

In all diesen Fragen gibt es noch keine umfassenden, längerfristigen Absprachen

der jetzigen Koalitionspartner. Die Koalitionsvereinbarung konzentrierte sich auf das in meiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 dargelegte Dringlichkeitsprogramm. Es konnte und kann sich nicht auf alle Felder der Politik in der notwendigen Breite und Vielfalt erstrecken.

Das notwendige Dringlichkeitsprogramm ist erfüllt. Mit der Erfüllung dieses Programms ist für die Weiterarbeit der Koalition eine parlamentarische Grundlage nicht mehr gegeben. Wir wollen nun den Wähler bitten, uns den Auftrag für eine langfristige Politik der neuen Koalition der Mitte zu geben.

Die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP sind grundsätzlich bereit, nach der Wahl erneut zusammenzuarbeiten. Für die weitere Arbeit der Koalitionsparteien bedarf es einer neuen parlamentarischen Grundlage. Diese Grundlage soll der Wähler gewähren. Er soll darüber entscheiden, ob die Koalition weiter zusammenarbeiten kann und welcher gemeinsame Inhalt für eine zukunftsorientierte, langfristig angelegte Politik vereinbart werden kann.

Auch die SPD als Oppositionspartei hat klar erklärt, daß sie nicht bereit ist, eine Koalition einzugehen, und daß sie Neuwahlen will. Keine im Deutschen Bundestag vertretene Partei oder Fraktion wird durch eine Parlamentsauflösung übervorteilt.

Wenn gegen den Weg, den ich zu Neuwahlen eingeschlagen habe, der Einwand erhoben wird, daß die Verfassung manipuliert werde, so entbehrt dieser Einwand jeder Grundlage.

Ich habe seit meiner Wahl zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Ihnen und der deutschen Öffentlichkeit in aller Offenheit meine Erwägungen vorgetragen. Ich habe alles vermieden, was den An-

schein des Künstlichen oder der Manipulation erwecken könnte.

Der Vorwurf der Manipulation wäre schon eher gerechtfertigt, wenn ich den Weg des Rücktritts gemäß Art. 63 des Grundgesetzes wählen würde. Art. 63 des Grundgesetzes setzt mehrere vergebliche Wahlgänge voraus, um den Weg zu Neuwahlen zu öffnen. In der augenblicklichen Situation würde es niemanden überzeugen, wenn ein derartiges Verfahren eingeschlagen würde, um den Bundespräsidenten zur Auflösung des Bundestages zu nötigen.

Ich bin der Auffassung, daß der von mir gewählte Weg zur Auflösung des Bundestages überzeugend und verfassungsrechtlich einwandfrei ist. Ich hebe noch einmal die wichtigsten Gesichtspunkte hervor. Die Koalition braucht als Grundlage für die notwendige, langfristige und breitangelegte Politik der Erneuerung eine Entscheidung des Wählers. Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wollen Neuwahlen. Es gibt keine Mehrheit des Bundestages, die bereit ist, eine andere Regierung zu wählen. Mit ihrem Wunsch nach Neuwahlen entsprechen die Parteien einem Wunsch der großen Mehrheit unserer Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Entscheidung zu der von mir gestellten Frage nach Ihrem Gewissen zu treffen. Dem besonderen Charakter des Art. 68 des Grundgesetzes entspricht es, daß ich persönlich an der Abstimmung nicht teilnehme.

Meine Damen und Herren, wir werden durch unser Verhalten eine wesentliche Grundlage für die Entscheidung treffen, die ich dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen möchte.

ALFRED DREGGER:

Der Alptraum einer grün-roten Mehrheit lastet auf der deutschen Politik

Auf die Rede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt antwortete der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Brandt hat viel vorgetragen. Aber ich habe nicht den Eindruck, daß durch seinen Beitrag der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Neuwahlfrage klarer geworden wäre.

Um einige Punkte aufzugreifen: Er hat die Befürchtung geäußert, daß sich der Herr Bundespräsident durch uns unter Druck gesetzt fühlen könnte. Bei der Unabhängigkeit dieses Amtes und bei der Persönlichkeit ihres Inhabers halte ich das für völlig ausgeschlossen. Der Herr Bundespräsident ist das dritte Verfassungsorgan, das mit diesem Auftrag befaßt ist. Das erste ist der Bundeskanzler, das zweite sind wir, der Deutsche Bundestag. Der Herr Bundespräsident wird dann auf Grund des Vorschlags des Kanzlers und unter Bewertung unseres Votums und seiner Begründung selbstverständlich unabhängig, nach eigenem, pflichtgemäßen Ermessen seine Entscheidung treffen.

Das gilt auch für den Wahltag. Die Fristen sind in der Verfassung eindeutig vorgeschrieben. Innerhalb von 21 Tagen nach unserem Votum hat der Herr Bundespräsident zu entscheiden, ob er den Bundestag auflösen will. Innerhalb von 60 Tagen hat er, falls er sich für die Auflösung entscheidet, den Wahltag festzusetzen. Seine Unabhängigkeit wäre nicht gefährdet, wenn er dabei auf den Vorschlag einging, den die Bundesregierung oder der Bundestag auch im Hinblick auf den Wahltag selbstverständlich machen kann

Der Herr Bundeskanzler hat zu Beginn seinen Antrag gemäß Art. 68 des Grundgesetzes und die diesem Antrag zugrundeliegenden Erwägungen eingehend dargelegt. Unsere Erwägungen entsprechen den seinigen. Die Begründung dafür habe ich bereits am 14. Dezember 1982 zu Beginn der Haushaltsdebatte im einzelnen dargelegt. Diese Begründung gilt nach wie vor; ich nehme darauf Bezug. Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden sich dementsprechend bei der Abstimmung zum Antrag nach Art. 68 des Grundgesetzes mit Ausnahme einiger weniger Kollegen der Stimme enthalten, die selbstverständlich das Recht haben, ihre abweichende Auffassung zum Ausdruck zu bringen.

Wir, die CDU/CSU-Fraktion, wollen durch unser Abstimmungsverhalten dazu beitragen, daß der Weg zu Neuwahlen geöffnet wird; denn wir halten diese Neuwahlen politisch jetzt für notwendig, und wir halten sie verfassungsrechtlich für möglich.

Wer von Neuwahlen spricht, muß die Perspektiven aufzeigen, die diese Neuwahlen den Bürgern eröffnen. Die Perspektive der neuen Mehrheit aus CDU/CSU und FDP ist in zehn Wochen Regierungs- und Parlamentsarbeit nicht durch Beschreibungen, sondern durch Handlungen sichtbar geworden.

Es gibt eigentlich kein faireres Verfahren, sich auf diese Weise auf den Prüfstand der Wähler zu stellen. Allerdings, Herr Kollege Brandt, da Sie weder an der ersten Lesung noch an der zweiten und dritten Lesung der Haushaltsberatung teilgenommen haben, ist es für Sie natürlich schwer zu beurteilen, welche Perspektive wir aufgezeigt haben. Diese Perspektive ist ge-

wiß nicht bequem, aber sie ist wahrhaftig und der jetzigen Lage allein angemessen. Wir sind angetreten, um den Schutt wegzuräumen, wie es einer der Kollegen in der Debatte formuliert hat. Dabei geht es mir zunächst gar nicht um Schuldzuweisungen. Natürlich gab und gibt es negative Einflüsse aus der Weltwirtschaft. Aber das entlastet uns doch nicht; denn wir sind ja ein wesentlicher Teil dieser Weltwirtschaft und haben ihre Probleme mitverursacht.

Wir sind immer verpflichtet, uns auf neue Herausforderungen dieser Weltwirtschaft einzustellen, und das ist eben in den letzten Jahren nicht geschehen.

Natürlich ist niemand von uns ganz frei von der Verantwortung für die Probleme, die, aus der Vergangenheit kommend, unsere Zukunft belasten. Trotzdem wehre ich mich entschieden gegen den Versuch des von mir im übrigen geschätzten Kollegen Leber, uns allen gleiche Verantwortung anzulasten, gleichgültig, ob wir in der Regierung oder in der Opposition standen.

Kollege Leber hat gemeint, wir alle hätten versäumt, in den fetten Jahren bis 1976 Scheunen für die mageren Jahre anzulegen.

Meine Damen und Herren, wer in dieser Weise jeden Unterschied in der Verantwortung zwischen denen, die als Regierung die Entwicklung beeinflussen können, und denen, die selbst aus der Verantwortung des Handelns ausgeschlossen sind, leugnet, stellt das parlamentarische System in Frage.

Was Herr Kollege Leber gesagt hat, stimmt aber auch historisch nicht. Es ging nicht um den Bau von Scheunen oder die Anlage eines Juliusturms — wovon er auch gesprochen hat — in den fetten Jahren; aber es ging darum, den Staat finanziell handlungsfähig zu erhalten, damit er in den mageren Jahren aktiv eingreifen

kann, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Diese Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates ist in den ersten 20 Jahren der Bundesrepublik Deutschland unter unserer Regierungsverantwortung voll gelungen. 1970, als wir das Steuer an Sie abgaben, war der Bund so gut wie schuldenfrei. Die Nettokreditaufnahme von 1949 bis 1969 betrug im Jahresdurchschnitt weniger als 1 Milliarde DM, und in den 13 Jahren danach unter Ihrer Verantwortung betrug sie im Jahresdurchschnitt mehr als 20 Milliarden DM und zuletzt 40 Milliarden DM. Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied!

Das deutsche Volk kann die Regierenden der 70er Jahre, es kann vor allem die führende Regierungspartei der 70er Jahre, die SPD, insbesondere ihre Kanzler und ihre Finanzminister, aus der Verantwortung für diese Fehlentwicklung nicht entlassen.

Wir sind bereit, unsere Regierungsjahre zu verantworten, also in Bonn die 50er und die 60er Jahre und, wie ich hoffe, auch die 80er Jahre. Aber die Ergebnisse der 70er Jahre und die Lasten, die Sie in den 70er Jahren der Zukunft aufgebürdet haben, Herr Kollege Brandt, müssen allein Sie verantworten.

Wir sind bereit, die Last auf uns zu nehmen, die Sie hinterlassen. Wir treten vor die Wähler nicht mit unhaltbaren Versprechungen und nicht mit Geschenken, sondern mit zum Teil bitteren Wahrheiten. Aber wir sind überzeugt, daß wir die Krise meistern können.

Den Weg, der zum Teil gewiß steinig ist, haben wir in den letzten Wochen und insbesondere in den letzten Tagen aufgezeigt.

Nun frage ich: Wie sieht die Perspektive aus, die Sie den Wählern anbieten wollen, meine Damen und Herren der SPD? In der Haushaltsdebatte und im Beitrag des Kollegen Brandt ist diese Perspektive nicht sichtbar geworden. Es war erstaunlich,

mit welchem Tempo die SPD die Positionen aufgegeben und gewechselt hat, die sie noch kurz zuvor als Regierungspartei vertreten hat.

Im übrigen haben Sie angeklagt, zum Teil diffamiert und uns den guten Willen abgesprochen. Sie, meine Damen und Herren der SPD, sind in wenigen Wochen zu einer linken Protestpartei geworden, die Anlehnung an die Grünen sucht.

In Hamburg haben Sie das Fairneßabkommen, das unser Kollege Walter Leisler Kiep vorgeschlagen hat, abgelehnt. Das Abkommen lief darauf hinaus, daß die aus den Wahlen vom kommenden Sonntag als stärkste Partei hervorgehende Fraktion auf jeden Fall regieren und die zweitstärkste Partei das tolerieren sollte. Das war doch fair. Vor allem hätte es bewirkt, daß Hamburg endlich von den Launen der Grün-Alternativen befreit und das Funktionieren der demokratischen Organe der Freien und Hansestadt Hamburg auch in der Zeit sichergestellt worden wäre, in der sich sogenannte Grün-Alternative in der Bürgerschaft befinden.

Die Entwicklung in Hessen ist nicht weniger besorgniserregend. Der Ministerpräsidentenkandidat der CDU, Walter Wallmann, hat Herrn Börner und der SPD eine ganze Palette von Möglichkeiten angeboten, um in einer Vereinbarung mit der SPD sicherzustellen, daß auch in der jetzigen Situation, in der die Grün-Alternativen das Zünglein an der Waage sind, gehandelt und das Funktionieren der demokratischen Institutionen sichergestellt werden kann. Aber wie in Hamburg so haben sich auch in Hessen die Sozialdemokraten einer Zusammenarbeit mit der anderen großen demokratischen Partei verweigert. Sie suchen auf jeden Fall das Bündnis mit den Grün-Alternativen.

Meine Damen und Herren, das ist die Perspektive zu Bonn. Der Kanzlerkandidat der SPD, Herr Vogel, hat erklärt, er habe keinerlei Berührungspunkte, wenn es darum gehe, von den

Grün-Alternativen zum Kanzler gewählt zu werden. Aber darum geht es ja gar nicht. Es geht nicht um die Wahl, sondern um die Abhängigkeit von den Grün-Alternativen nach der Wahl.

Herr Vogel versucht immer wieder, das mit Beweisen auf den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, zu überspielen. Dieser Vergleich geht fehl. Herr von Weizsäcker ist nicht auf die Grün-Alternativen angewiesen. Er findet für seinen Minderheitensentat die Unterstützung von freidemokratischen Abgeordneten, an deren Verfassungstreue und Handlungsbereitschaft für unseren Staat nicht gezweifelt werden kann. Wenn ein intelligenter Mann wie Herr Vogel einen so unpassenden Vergleich zwischen den Konstellationen in Berlin auf der einen Seite und in Hamburg und Hessen auf der anderen Seite zieht, dann ist höchste Vorsicht geboten.

Ich analysiere jetzt die Perspektive, Herr Brandt, die Sie den Wählern bieten. Unsere Perspektive ist klar.

Ich kann nur aus Ihrer Praxis in Hamburg und Hessen und aus den Äußerungen Ihres Kanzlerkandidaten Vogel folgern, daß die politische Alternative für den neuen Bundestag lautet: entweder eine regierungsfähige Mehrheit unter der Führung der Union, wobei uns die FDP als Koalitionspartner willkommen ist, oder eine grün-rote, eine negative, eine nicht regierungsfähige Mehrheit.

Das ist ja die Mehrheit, die Sie, Herr Kollege Brandt, in der Wahnacht in Hessen als Ihr Ziel proklamiert haben, allerdings eine Mehrheit, vor der ihr Grundsatzdenker Richard Löwenthal mit Recht warnt. Wer mit den Grünen poussiert, verrät die Arbeiter, dieses Wort von Norbert Blüm ist ebenso knapp wie zutreffend. Das ist die Alternative dieser Wahl. Eine solche hat es in der Nachkriegszeit noch nicht gegeben.

Ist das Risiko, das in dieser Alternative liegt, ein Grund, auf die Wahl vom 6. März zu verzichten? Das fragen sich ja einige Bürger. Ich meine, nein. Nichts spricht dafür, daß unserem Volke diese Alternative im Herbst 1984 erspart werden würde, und das wäre ja der späteste Wahltermin. Abwarten, Verschieben, Ausweichen, das hilft in dieser Situation nicht, im Gegenteil. Die erste Regierung Kohl wurde am 1. Oktober, also vor erst zehn Wochen, gebildet. Damit wurde die Periode der Zerstrittenheit und der Lähmung beendet, die die letzten Jahre der Regierung Schmidt gekennzeichnet hatten. Die Regierung Kohl und die sie unterstützende Mehrheit haben sich in der Innen- wie in der Außenpolitik als voll handlungsfähig, als kompromißbereit und entscheidungsfähig erwiesen.

Die neue Mehrheit hat die Fahrt unseres Landes in den finanziellen Abgrund durch schwere und schmerzliche Entscheidungen auf der Ausgabenseite zunächst gebremst. Sie hat trotz leerer Staatskassen wirksame Anstöße gegeben für die Belebung der Wirtschaft, insbesondere der Bauwirtschaft und damit für die Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit. Das Vertrauen der Deutschen Bundesbank in die Solidität der neuen Finanzpolitik hat wesentlich dazu beigetragen, daß kurz hintereinander zweimal die Zinsen gesenkt und damit die Kostenlast der deutschen Wirtschaft wesentlich vermindert worden ist.

Auf dem Berliner Wirtschaftsgipfel haben sich deutsche Unternehmer verpflichtet, zur wirtschaftlichen Rettung unserer Hauptstadt Hunderte von Millionen in Berlin zu investieren, nicht auf Grund eines staatlichen Beschäftigungsprogramms, das unseren ausgebluteten Staatshaushalt noch weiter belasten würde, sondern auf Grund des Vertrauens in die Stabilität dieser Regierung und in die Solidität ihrer Finanzpolitik.

Diese Regierung ist in der internationalen Politik als Friedensfaktor aner-

kannt. Der Regierungswechsel in Bonn ist von den westlichen Verbündeten mit Erleichterung aufgenommen worden, weil sich der neue Kanzler auf die Unterstützung seiner Mehrheit in der Außenpolitik hundertprozentig verlassen kann, während der alte Kanzler in einem ständigen Clinch mit seiner eigenen Partei lag, die seine Kräfte aufgesogen und ihn nach und nach handlungsunfähig gemacht hat. Das ist doch die Wirklichkeit.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur die Verbündeten im Westen, auch die Sowjetunion und die sozialistischen Länder sind zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung bereit. Der sowjetische Außenminister wird in Kürze zu einem Besuch in Bonn eintreffen. Wir heißen ihn zu den in Bonn vorgesehenen Gesprächen willkommen, wobei ich von der außenpolitischen Perspektive ausgehe, die der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung und die ich in meinem Debattenbeitrag vom 14. Dezember 1982 für die CDU/CSU-Fraktion gegeben habe.

Ich beglückwünsche den Herrn Bundeskanzler mit seiner Regierung zu seinen bisherigen Erfolgen. Ich beglückwünsche ihn zu seinem Selbstvertrauen und zu seinem Mut, sich der Entscheidung der Wähler zu stellen. Daraus spricht Ehrlichkeit, Vertrauenswürdigkeit und Standhaftigkeit. Das ist das, was wir jetzt brauchen.

„Denn der Mensch“ — mit diesem Goethe-Zitat möchte ich schließen —, „der in schwankenden Zeiten selbst schwankend gesinnt ist, der mehret das Übel und breitet es weiter und weiter. Wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“

Ich möchte es für unsere Zeit bescheidener sagen: Nur mit Festigkeit, mit Beharrlichkeit und Wahrhaftigkeit können wir erreichen, worauf es ankommt, nämlich, daß unser Volk in einer gefährlichen Zeit in Frieden überlebt und seine Zukunft sichert. Das wollen wir, und dafür stehen wir.

■ HAMBURG-WAHL

Die Partei für einen offensiven Bundestagswahlkampf mobilisieren

Nach der Sitzung des CDU-Präsidiums am 20. Dezember 1982 erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Bundespressekonferenz in Bonn zum Ausgang der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft:

Die Christlich Demokratische Union hat ihr in Hamburg gestecktes Wahlziel nicht erreicht. Trotz des großartigen Einsatzes unserer Freunde in Hamburg, allen voran unseres Freundes Walther Leisler Kiep, haben wir unser Ziel verfehlt. Es hat sich bei dieser Wahl bestätigt, daß sich in Hamburg bei den gegebenen Verhältnissen offensichtlich die obere Grenze des CDU-Wählerpotentials in einer Größenordnung von rd. 400 000 Stimmen bewegt. Wir haben bei der Wahl am 6. Juni unter besonders günstigen Verhältnissen 411 000 Stimmen erhalten, jetzt haben wir ein paar tausend Stimmen weniger. Dies ist offensichtlich nach allem, was wir in den ersten Stunden wissen, eine Grenze, von der wir bei unserer Betrachtung der Wahlchancen ausgehen müssen.

Die Wahlbeteiligung in Hamburg ist mit 84 Prozent für Bürgerschaftswahlen ungewöhnlich hoch. Sie reicht an die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen heran; diese lagen 1980 bei 88 Prozent und 1976 sogar über 90 Prozent. Das gestrige Ergebnis für die CDU in Hamburg — 38,6 Prozent — beweist, daß wir in Hamburg als Ausgangslage für die Bundestagswahl im März bestätigt erhalten haben, daß eine gute Chance für eine regierungsfähige Mehrheit im Bundesgebiet gegeben ist. Ich vergleiche dies mit unseren früheren Ergebnissen bei Bundestagswahlen in

Hamburg: 1976 — 35,9 Prozent, 1980 — 31 Prozent.

Es ist den Sozialdemokraten in Hamburg ohne Zweifel gelungen, ihr Wählerpotential in einer ungewöhnlichen Weise zu mobilisieren, sehr im Gegensatz zu den Wahlen am 6. Juni dieses Jahres. Ich glaube — und das ist die übereinstimmende Meinung unserer Freunde in Hamburg und der Mitglieder des CDU-Präsidiums —, daß es für den Wahlausgang in Hamburg sehr bedeutsam war, daß nach den quälenden Diskussionen der letzten Monate hinsichtlich der Frage der Regierungsfähigkeit in der Hansestadt die Wähler eine Entscheidung treffen wollten, um eine regierungsfähige Mehrheit zu erreichen.

Diese Entscheidung fiel zugunsten der Sozialdemokraten aus, die ja in Hamburg traditionell Mehrheitspartei sind. In dieser Entscheidung der Wähler zeigt sich auch nach unserer Überzeugung eine Absage an die GAL. Aber gerade diese Betrachtung zeigt uns im Blick auf die Bundestagswahl im März auch, daß eben die Regierungsfähigkeit und der Wille zu stabilen Verhältnissen die Chancen der CDU/CSU für diese Wahl erhöhen.

Wir gehen bei unseren Schlußfolgerungen — ungeachtet der noch zu prüfenden Details — davon aus, daß wir weiterhin sehr gute Chancen haben, die Wahl am 6. März zu gewinnen. Aber das Ergebnis von Hamburg ist natürlich auch eine Herausforderung an die CDU Deutschlands: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir in diesem Wahlkampf um jede Stimme kämpfen müssen, um jede Stimme kämpfen heißt, daß wir unsere eigenen Freunde in der Partei voll motivieren, voll ansprechen müssen. Das ist wohl im Augenblick

CDU/CSU klar leistungsfähiger als SPD

Nach Auffassung der Bürger sind die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Renten, Preisstabilität und die Verringerung der Staatsverschuldung die Aufgaben, denen sich die Politik am vordringlichsten widmen sollte. Dieses Bild ergibt eine Umfrage, die die Forschungsgruppe Wahlen in der Zeit vom 18. bis 25. November 1982 durchgeführt hat und die vom ZDF am 7. Dezember 1982 bekanntgemacht wurde. Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen aber auch, daß eine klare Mehrheit der Bürger die Union bei der Bewältigung aller dieser zentralen Aufgaben als leistungsfähiger ansieht als die SPD.

Im einzelnen erbrachte die Umfrage folgende Zahlen:

Aufgabe	„Aufgabe ist vordringlich“, sagen... %	... % der Bürger sagen	
		CDU/CSU ist leistungsfähiger	SPD
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	86	37	: 24
Rentensicherung	65	34	: 28
Preisstabilität	61	38	: 21
Verringerung der Staatsverschuldung	52	43	: 13

Dieser Kompetenzvorsprung zugunsten der CDU/CSU kommt zustande, obwohl in der Stichprobe mehr SPD-Anhänger vertreten waren als Anhänger der CDU/CSU.

die Hauptaufgabe der gesamten Partei und meine persönliche Aufgabe in den nächsten Wochen.

Wir werden den Wahlkampf aus der Offensive heraus führen und wir wollen dabei deutlich machen, wer die Verantwortung für die gegenwärtige Krise trägt: Für die zwei Millionen Arbeitslosen, darunter über 350 000 Jugendliche, für die moralische Schuld, die darin bestand, die Staatsverschuldung treiben zu lassen und damit die soziale Sicherheit gefährdet zu haben — mit einem Wort: Wir werden alles tun, um die Verantwortlichkeit für diesen Abschnitt der Geschichte deutlich zu machen.

Wir werden in unserer Wahlaussage deutlich machen, wie wir in den nächsten Jahren den öffentlichen Haushalt ordnen, die Arbeitslosigkeit stoppen und abbauen, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit,

die Wirtschaft ankurbeln und die soziale Sicherheit gewährleisten. Wir werden unseren Mitbürgern vor der Wahl die Wahrheit sagen.

Wir gehen auch davon aus, daß in diesem Wahlkampf die Außen- und Sicherheitspolitik eine wichtige Rolle spielen wird. Wir haben kein Interesse daran, daß dieses Thema unser Land teilt, aber wir werden sehr deutlich machen, daß die deutsche Sozialdemokratie versucht, sich lautlos von der Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie mein Amtsvorgänger Helmut Schmidt vertreten hat, zu verabschieden.

Wir haben gestern einen Rückschlag erlitten. Aber ich bin sicher, daß dieser Rückschlag uns befähigen wird, die Partei zu mobilisieren und mit ganzer Kraft für eine regierungsfähige Mehrheit am 6. März zu kämpfen. Ich bin sicher, wir haben eine gute Ausgangsposition.

Vorläufiges amtliches Endergebnis der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 19. Dez. 1982

	19. Dez. 1982	6. Juni 1982	Bundestag 1980 ¹⁾
Wahlberechtigte	1 239 673	1 241 218	1 253 335
Wahlbeteiligung	1 041 548 (84,0)	966 011 (77,8)	1 113 199 (88,8)
Gültige Stimmen	1 028 127	955 865	1 106 468
CDU	398 470 (38,6)	413 361 (43,2)	345 005 (31,2)
SPD	530 016 (51,3)	408 261 (42,7)	572 157 (51,7)
GAL	70 549 (6,8)	73 404 (7,7)	25 278 (2,3) ²⁾
FDP	26 505 (2,6)	46 364 (4,9)	155 701 (14,1)
HLA	2 815 (0,3)	6 221 (0,7)	—
DKP	3 888 (0,4)	5 588 (0,6)	5 488 (0,5)
EAP	166	—	201 (0,0)
FSU	335	—	—

¹⁾ Zweitstimmen ²⁾ Grüne

Mandatsverteilung

	Bürgerschaft Dezember 1982	Bürgerschaft Juni 1982	Bürgerschaft 1978
CDU	48	56	51
SPD	64	55	69
GAL	8	9	—
FDP	—	—	—

Abkürzungen:

GAL = Grün-Alternative Liste
HLA = Hamburger Liste für Ausländerstopp

EAP = Europäische Arbeiterpartei
FSU = Freisoziale Union

Sitzverteilung in der Bürgerschaft seit 1946

Partei	1946	1949	1953	1957	1961	1966	1970	1974	1978	Juni 1982	Dez. 1982
SPD	83	65	58	69	72	74	70	56	69	55	64
CDU	16	[40 ²⁾]	[62 ³⁾]	41	36	38	41	51	51	56	48
FDP	7			10	12	8	9	13	—	—	—
DKP¹⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
DP	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—
RSF	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
KPD	4	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
GAL	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	8

Die Abkürzungen bedeuten:

DKP¹⁾ — Deutsche Konservative Partei
DP — Deutsche Partei
RSF — Radikal-Sozialistische Freiheitspartei
KPD — Kommunistische Partei Deutschlands

²⁾ Zusammengeschlossen zum Vaterstädtischen Bund Hamburg 1949

³⁾ Zusammengeschlossen zum Vaterstädtischen Block

Ergebnisse nach Bezirken

Wahlkreis	Wahljahr	CDU	SPD	FDP	GAL
Hamburg Mitte	Dez. 1982	32,8	58,3	1,6	6,5
	Juni 1982	37,6	49,2	3,9	7,4
	BTW 1980	26,6	59,0	11,4	2,1
Altona	Dez. 1982	40,9	47,7	3,2	7,6
	Juni 1982	45,7	39,5	5,1	8,2
	BTW 1980	33,5	48,5	14,6	2,6
Eimsbüttel	Dez. 1982	38,4	48,9	2,5	9,3
	Juni 1982	43,2	40,1	5,0	10,0
	BTW 1980	31,2	49,9	14,9	3,0
Hamburg-Nord	Dez. 1982	37,2	51,5	2,5	8,0
	Juni 1982	41,6	43,2	4,9	8,8
	BTW 1980	30,7	51,9	14,0	2,5
Wandsbek	Dez. 1982	42,1	48,6	3,2	5,6
	Juni 1982	46,9	39,9	5,4	6,5
	BTW 1980	33,4	48,1	16,0	2,0
Bergedorf	Dez. 1982	40,4	51,8	2,0	5,3
	Juni 1982	44,4	43,8	4,5	6,1
	BTW 1980	32,7	51,2	13,7	1,9
Harburg	Dez. 1982	35,9	56,9	1,9	4,6
	Juni 1982	40,3	48,0	4,2	5,9
	BTW 1980	28,8	57,4	11,5	1,5

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozent)							nächste Wahl
		CDU	SPD	FDP	NPD	DKP	Grüne	Sonst.	
Berlin (West)	10. 5. 1981	48,0	38,3	5,6		0,6 ⁴⁾	7,2 ³⁾		1985
Baden-Württemberg	16. 3. 1980	53,4	32,5	8,3	0,1	0,3	5,3		1984
Bayern	10. 10. 1982	58,3 ¹⁾	31,9	3,5	0,6	0,2	4,6 ⁶⁾		1986
Bremen	7. 10. 1979	31,9	49,4	10,8	0,4	0,8	6,5 ⁷⁾	0,2	1983
Hamburg	19. 12. 1982	38,6	51,3	2,6		0,4	6,8 ⁹⁾		1987
Hessen	26. 9. 1982	45,6	42,8	3,1		0,4	8,0		1986
Niedersachsen	21. 3. 1982	50,7	36,5	5,9		0,3	6,5		1986
Nordrhein-Westfalen	11. 5. 1980	43,2	48,4	4,98		0,3	3,0		1985
Rheinland-Pfalz	18. 3. 1979	50,1	42,3	6,4	0,7	0,4		0,1	1983
Saarland	27. 4. 1980	44,0	45,4	6,9		0,5	2,9	0,3 ⁸⁾	1985
Schleswig-Holstein	29. 4. 1979	48,3	41,7	5,7	0,2	0,2	2,4	1,4 ⁵⁾	1983
Bundestag	5. 10. 1980	44,5 ²⁾	42,9	10,6	0,2	0,2	1,5		1983

¹⁾ CSU

²⁾ CDU/CSU

³⁾ Alternative Liste

⁴⁾ SEW

⁵⁾ SSW

⁶⁾ GAZ/AUD

⁷⁾ Bremer Grüne Liste und Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz

⁸⁾ CSWU

⁹⁾ GAL (Grün-Alternative Liste)

■ BUNDESFINANZHILFE

Städtebauförderungsmittel erreichen 1983 den bisher höchsten Stand

Bundesbauminister Oscar Schneider hat am 8. Dezember 1982 das Bundesprogramm zur Städtebauförderung im Programmjahr 1983 an die Länder verteilt. Für die Förderung von insgesamt 560 Sanierungs- und 25 Entwicklungsmaßnahmen in 460 Städten und Gemeinden stellt der Bund den Ländern eine Bundesfinanzhilfe in Höhe von 220 Millionen Mark für das Programmjahr 1983 bereit.

Darüber hinaus ist im Rahmen des neuen Haushaltsentwurfs 1983 vorgesehen, die Mittel der Städtebauförderung bereits für das Programmjahr 1983 um 60 Millionen Mark zu erhöhen. Die Verteilung dieser zusätzlichen Mittel soll bereits im Februar im Rahmen eines Nachtragsprogramms nach Eingang der Programm-meldungen der Länder vorgenommen werden.

Minister Schneider wies anlässlich der Mittelverteilung darauf hin, daß das Bundesprogramm 1983 mit 280 Millionen Mark den bisher höchsten Stand seit seinem Bestehen erreiche. Dadurch werde dem außerordentlich hohen Bedarf und der konjunktur- und beschäftigungspolitischen Bedeutung von Stadterneuerungs-investitionen Rechnung getragen. Eine für die Stadterneuerung ausgegebene Bundesmark löse Gesamtinvestitionen in fünf-facher Höhe aus und bewirke eine Gesamtnachfrage in elffachem Umfang; in kaum einem anderen Bereich seien die Anstoßwirkungen öffentlicher Förderung so groß.

Sanierung schaffe Bautätigkeit und komme vor allem klein- und mittelständischen Unternehmen sowie Handwerksbetrieben zugute. Die Städtebauförderung — so Minister Schneider — habe durch die Mittel-erhöhung entsprechend der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 13. Oktober 1982 wieder eine klare Zukunftsperspektive erhalten. Der Bund werde sich an diesem für die Bürger so wichtigen kommunalpolitischen Aufgabenbereich auch weiterhin finanziell beteiligen.

Der gemeindliche Bedarf allein an Bundesmitteln für die Fortsetzung laufender Maßnahmen und die Aufnahme dringend anstehender Maßnahmen war von den Ländern mit jährlich über 700 Millionen Mark angegeben worden. Dieser Bedarf zeigt den Problemdruck in der Stadterneuerung. Zugleich wird deutlich, in welchem Maße in der bestandsorientierten Stadterneuerung noch beschäftigungspolitische Reserven liegen, die jederzeit mobilisiert werden können.

Mit der diesjährigen Programmfortschreibung werden vier Sanierungsmaßnahmen neu in das Bundesprogramm aufgenommen (je zwei in Bayern und Schleswig-Holstein).

Aus Nordrhein-Westfalen werden zudem zehn Sanierungsmaßnahmen aus dem landeseigenen Programm in das Bundesprogramm überführt. Insgesamt sind damit bisher 744 Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen vom Bund gefördert worden.

Die Förderungspolitik der Länder ist seit einiger Zeit deutlich auf eine Begrenzung der im Programm geförderten Maßnah-

Im Bundesprogramm nach § 72 Städtebauförderungsgesetz entfallen für das **Programmjahr 1983** auf die einzelnen Länder folgende Bundesmittel:

Land	Programmjahr 1983 I	Programmjahr 1983 II	Gesamtbetrag 1983
	TDM	TDM	TDM
Baden-Württemberg	30 673	8 365	39 038
Bayern	36 468	9 946	46 414
Berlin	13 519	3 687	17 206
Bremen	3 473	948	4 421
Hamburg	6 187	1 687	7 874
Hessen	19 645	5 358	25 003
Niedersachsen	25 181	6 867	32 048
Nordrhein-Westfalen	56 092	15 298	71 390
Rheinland-Pfalz	14 327	3 907	18 234
Saarland	3 842	1 048	4 890
Schleswig-Holstein	10 593	2 889	13 482
insgesamt:	220 000	60 000	280 000

men ausgerichtet. Dies geschieht durch eine verstärkte Ausfinanzierung bereits länger laufender Maßnahmen, um so den hohen Anschlußfinanzierungsbedarf für die übrigen Maßnahmen zu sichern. Stark zugenommen hat die Zahl der „ausfinanzierten“ Maßnahmen mit nunmehr 159, von denen ein Großteil zum Abschluß und zur Abrechnung anstehen. Für Neuaufnahmen besteht kaum noch Raum; diese Situation wird sich durch die Mittelerhöhung jedoch verbessern.

Die im Bundesprogramm geförderten Maßnahmen dienen überwiegend der Erhaltung, Erneuerung und Strukturverbesserung von Innenstadtgebieten, der Verbesserung des Wohnumfeldes, der Schaffung leistungsfähiger Dorferne und der Entwicklung neuer Orte und Ortsteile.

Rede des Generalsekretärs vor dem Bundesausschuß

Im UfD 39/82, Seite 20, rechte Spalte, 1. Absatz, hat sich beim Abdruck des Wortlautes der Rede des Generalsekretärs vor dem Bundesausschuß ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Der letzte Satz des 1. Absatzes auf dieser Seite muß richtig heißen:

Die Rentenansprüche müssen geschützt bleiben, aber wir sagen auch, soziale Hilfen müssen auf diejenigen konzentriert werden, die diese Hilfen tatsächlich brauchen.

In eigener Sache

Sehr geehrter Abonnent, seit 1979 beträgt der Jahresbezugspreis der Zeitschrift Union in Deutschland 40,— DM. Seitdem haben wir jährlich Portokostensteigerungen bis zu jeweils 10 % zu verzeichnen. Ab 1. Januar 1983 treten wiederum Portoerhöhungen von über 8,5% in Kraft. Neben einer jährlichen Erhöhung der Produktionskosten, die wir bisher abgefangen haben, ist im nächsten Jahr zusätzlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu verkräften.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie herzlich um Verständnis dafür, daß die Abonnementgebühren mit Wirkung vom 1. Januar 1983 auf 48,— DM heraufgesetzt werden. Der Preis für das Einzelheft beträgt 1,20 DM.

Ihre Union Betriebs-GmbH

Zur Sache:

Kindergeld Wir machen die Familienpolitik sozial gerechter

Jeder weiß es inzwischen: Die SPD-Regierung hat uns eine katastrophale Finanzlage hinterlassen. In Zeiten knapper Kassen müssen wir auch beim Kindergeld sparen. Aber im Gegensatz zur SPD belasten wir **nicht die sozial Schwächeren**. Nur wer viel verdient, muß sich mit einem geringeren Kindergeld begnügen.

Soziale Gerechtigkeit durch Einkommensgrenzen

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit 2 Kindern wird nur dann mit weniger Kindergeld rechnen müssen, wenn sein Jahresnettoeinkommen mehr als 42.000 Mark (rund 62.000 Mark brutto) beträgt, mit 3 Kindern, wenn sein Jahresnettoeinkommen mehr als rund 49.800 Mark (rund 73.000 Mark brutto) beträgt und mit 4 Kindern mehr als 57.600 Mark (rund 84.000 Mark brutto). Dies bedeutet, daß drei von vier Familien von der Kindergeldkürzung überhaupt nicht betroffen sind. Arbeiter und Facharbeiter, Angestellte und Beamte im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst bekommen also genausoviel Kindergeld wie bisher.

Zwei Beispiele:

- Ein Arbeiter in der Industrie hat 1981 durchschnittlich 33.454 Mark brutto verdient.
- Ein Angestellter hat 1981 durchschnittlich 42.707 Mark brutto verdient.

Und so sieht das im einzelnen aus:

- Nur die Familie mit zwei Kindern, die mehr als 42.000 Mark **netto** (also rd. 62.000 Mark brutto) im Jahr verdient, erhält weniger Kindergeld.

- Diese Einkommensgrenze von 42.000 Mark netto erhöht sich mit jedem weiteren Kind um 7.800 Mark netto, sie liegt beispielsweise für ein Ehepaar mit 4 Kindern bei 57.600 Mark netto (das entspricht rund 84.000 Mark brutto).
- Erst wenn die Einkommensgrenzen überschritten werden, verringert sich das Kindergeld um 30 Mark für das zweite Kind, um 80 Mark für das dritte Kind und um 100 Mark für das vierte und jedes weitere Kind.
- Für Familien, deren Einkommen nur knapp über den Einkommensgrenzen liegt, ist eine Übergangsregelung vorgesehen: sie werden nicht in vollem Umfang von der Kürzung betroffen.

Die unsoziale Familienpolitik der SPD

Im Gegensatz dazu hat die SPD das Kindergeld auch für die weniger Verdienenden, die sozial Schwachen und die Armen gekürzt: Ob die Familie eines Arbeiters oder eines Generaldirektors - alle erhielten ab 1. Januar 1982 jeweils 20 Mark weniger Kindergeld für das zweite und dritte Kind. Bei einer fünfköpfigen Familie macht das im Jahr 480 Mark, in vier Jahren also fast 2.000 Mark. Mit dieser familienfeindlichen, unsozialen Politik der SPD haben wir jetzt Schluß gemacht.

Die CDU verwirklicht soziale Gerechtigkeit

Wir werden das Steuerrecht familienfreundlicher gestalten und zum 1. Januar 1984 das Ehegattensplitting in ein Familiensplitting umwandeln. Wer viele Kinder hat, zahlt in Zukunft weniger Steuern als derjenige, der keine Kinder hat. Auch Alleinstehenden mit Kindern werden diese Steuervorteile zugute kommen.

CDU
// sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Der richtige Weg

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Antrag auf Neuwahlen gestellt, er hat sein gegebenes Wort gehalten. Anfangs wollten die Sozialdemokraten überhaupt nicht glauben, was da der neue Kanzler versprach. Die Zweifler haben sich getäuscht. Ihnen war der Gedanke fremd und daher verdächtig, ein Politiker, der soeben an die Macht gelangt war, könnte diese Macht nach kurzer Zeit und freiwillig dem Wähler zur Bestätigung oder Verweigerung freigeben.

Wer Helmut Kohl einigermaßen kennt, mußte allerdings wissen, daß er seine Vertrauenswürdigkeit beim Volk als ein großes Kapital ansieht, das er mehren will. Er kann sich als Kanzler erst vollends wohl fühlen, wenn er eine Wählermehrheit hinter sich weiß. Deshalb hat er die Neuwahlen gesucht, er brauchte sie sich nicht aufdrängen zu lassen.

Schwäbische Zeitung, 18. 12. 1982

Helmut Kohl ist den einzig richtigen Weg gegangen. Er führte von vornherein nur ei-

ne auf Zeit verabredete Koalitionsregierung. Nach Erfüllung des gemeinsamen Vertrages war deren Uhr nun abgelaufen. Kohl hat keineswegs die juristisch notwendige Prozedur auf die leichte Schultef genommen — er hat vielmehr der gewollten Auflösungsfeindlichkeit des Grundgesetzes Rechnung getragen, ist ohne Verfassungsänderung ausgekommen, hat kein Präjudiz geschaffen und sich nicht zu

Verlag und Redaktion wünschen allen Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 1983.

UID 1/83 erscheint am 6. Januar 1983 als Sonderausgabe zum Auftakt des Bundeswahlkampfes und enthält auch eine weitere Musterrede (Dokumentation).

unzumutbarer Handlung — sprich Rücktritt — provozieren lassen.

Auch Kohls Kontrahenten, politische Gegner und Neider mußten eingestehen, daß der Kanzler umsichtig und bedachtsam handelte. Und vor allem — er ging einen aufrichtigen, ehrlichen Weg. Er hat eingelöst, was er am 1. Oktober versprach. Pünktlich und wie es das Gesetz gebietet. Darum war das gestern nicht nur ein Tag der Verfassung — es war auch ein Tag des Helmut Kohl.

Westfälische Nachrichten, 18. 12. 1982

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.

Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann.

Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId